



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Paket Politischer Extremismus: Varianten des Radikalismus in
Deutschland*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Titel:

**Analyse einer politischen Rede im Unterricht
Die Rede von Bundespräsident
Joachim Gauck auf der Gedenkfeier zu
den Ausschreitungen in Rostock-
Lichtenhagen (26.08.2012)**

Bestellnummer:

51845

Kurzvorstellung:

- In diesem Arbeitsmaterial wird die Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Gedenkfeier „Lichtenhagen bewegt sich“ inhaltlich analysiert.
- Dabei geht es um den inhaltlichen Kontext und die angesprochenen Themen, aber auch um die Funktion der Rede und wie sich diese in Struktur und Rhetorik widerspiegelt.

Inhaltsübersicht:

- Kurzes Portrait von Joachim Gauck
- Die Rede des Bundespräsidenten
- Einleitung und Klärung des Kontexts
- Inhaltliche Analyse mit Gliederung in Abschnitten
- Mögliche Intention und Ideologiekritik
- Aufgaben zum Arbeitsmaterial

SCHOOL-SCOUT.DE



Internet: <http://www.School-Scout.de>

E-Mail: info@School-Scout.de

M1: Kurzes Portrait von Joachim Gauck

Joachim Gauck wurde am 24. Januar 1940 in Rostock geboren, wo er auch aufwuchs und sein Theologiestudium absolvierte. Ab 1967 war er als Pastor tätig und engagierte sich in der Missionsarbeit der Evangelischen Kirche in der DDR.

Aufgrund seiner kritischen Äußerungen zum SED-Regime wurde er bereits in den 1970er Jahren vom *Ministerium für Staatssicherheit* (MfS, im Volksmund als *Stasi* bekannt) beobachtet. In den 1980er Jahren engagierte sich Gauck in der Bürgerrechtsbewegung und stieg zu einer der führenden Figuren der kirchlichen Opposition in der DDR auf.

1990 wurde Gauck zum Mitglied der letzten Volkskammer (gesetzgebende Vertretung der DDR) gewählt und nahm im gleichen Jahr die Tätigkeit als Beauftragter für die Stasi-Unterlagen auf, die er bis 2000 fortführte.

Nach seinem Ausscheiden aus diesem Amt war er journalistisch tätig und engagierte sich ehrenamtlich in mehreren politischen Vereinen, die sich dem Schutz der Menschenrechte und der Aufarbeitung des kommunistischen Verbrechens verschrieben haben. Joachim Gauck wurde am 23. März 2012 zum 11. Bundespräsidenten Deutschlands gewählt.

M2: Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Gedenkfeier „Lichtenhagen bewegt sich“¹

Es ist Vergangenheit, was uns heute hier in Lichtenhagen zusammenführt – was wir erinnern, was wir beklagen, was uns beschämt: Alles war vor 20 Jahren. Es ist Vergangenheit – das war mein erster Satz. Aber der zweite Satz heute kann nur lauten: Es ist die Gegenwart, die unsere Wachsamkeit, unsere Entschlossenheit, unseren Mut und unsere Solidarität braucht.

- 5 Und genau deswegen sind Sie alle hier, alle heute hierhergekommen! Auch die Kinder, die noch nicht geboren waren, als geschah, was leider bis heute für Rostock ein Brandmal ist. Ihre Anwesenheit heute hier ist ein Bekenntnis! Das Bekenntnis, Vielfalt wertzuschätzen, wachsen zu lassen und dabei in einem ganz wichtigen Punkt gleich zu sein: im täglichen Bemühen um ein gedeihliches, respektvolles, friedliches Miteinander.
- 10 Dieses Bekenntnis ist das größte Geschenk, das sich Rostock an einem Tag wie diesem selber machen konnte! Das sage ich als Bundespräsident voller Zuversicht für diese Stadt. Aber ich sage es auch als Rostocker, der hier geboren wurde und Jahrzehnte hier gelebt hat und gar nicht weit entfernt von hier als Pastor gearbeitet hat, und der die immer wieder gestellte Frage kennt: Wie konnte es dazu kommen, dass ein ganz normales Stadtviertel, in DDR-Zeiten
- 15 sogar ein Vorzeigeobjekt, zum Austragungsort brutaler Gewalt wurde - einer organisierten gewalttätigen Ausschreitung, bei der aus einer Menschenmenge ein Mob wurde, der den Tod von Angegriffenen billigend in Kauf nahm? Wie konnte es soweit kommen, dass die Gejagten zusätzlich noch gedemütigt wurden durch Tausende Hände, die der Hetzjagd applaudierten und eine Pogromstimmung erzeugten?
- 20 Wir können die größten ausländerfeindlichen Ausschreitungen in der Geschichte der Bundesrepublik nicht mehr ungeschehen machen. Umso mehr sind wir verpflichtet, die Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, nicht irgendwie Gras über sie wachsen zu lassen, sondern sie immer wieder zu betrachten, zu analysieren, um aus den Fehlern und Versäumnissen von damals zu lernen.
- 25 Denn Eines gilt es zu betonen: Es waren von Menschen gemachte, ganz besondere Umstände, in denen die Gewalt siegte. Die Zusammenstöße von Lichtenhagen kündigten sich monatelang an – sie waren nicht unvermeidlich. Und wir können sagen: Es war ein Wunder, dass niemand umgekommen ist.
- 30 Glücklicherweise sind ähnliche Übergriffe in den vergangenen Jahren in der Regel durch entschlossenes Handeln von Einsatzkräften und – was mir noch wichtiger ist – durch breite Bürgerbündnisse verhindert worden. An vielen Orten der Republik wurden seit den 1990er Jahren Vereine und Initiativen gegründet, damit Menschen in unserem Land nicht wieder um ihr Leben fürchten müssen.
- 35 Trotzdem haben sich uns Namen wie Solingen, Mölln, Hoyerswerda eingepägt, über Jahre ermordete die Zwickauer Terrorzelle Bürger vor allem ausländischer Herkunft. All dies ließ uns aufschrecken: Es konnte wieder passieren. Menschen sind wieder Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Hetzjagden geworden. Insofern sehen wir: Die Ereignisse von Lichtenhagen sind zwar Vergangenheit. Aber die Gegenwart bleibt infiziert von Fremdenfeindlichkeit, Hass, Gewalt.
- 40 Da wir dieses belastende Wissen in uns tragen ist es mir besonders wichtig, Sie hier begrüßen zu können, sehr geehrter Herr Nguyen Do Thinh: Sie lebten damals in dem elfstöckigen Gebäude, aus dem die Flammen schlugen, Sie hörten die johlende, Beifall klatschende Menge unten auf der Straße, Sie spürten den Rauch in die oberen Stockwerke dringen, Sie hatten Todesangst. Wenn ich auf die Geschehnisse blicke, die Brutalität, ja Mordlust der Tage vor
- 45 20 Jahren, nötigt es mir umso größeren Respekt ab, dass Sie, Herr Nguyen Do Thinh, in meiner, in Ihrer, in unserer Stadt geblieben sind und den Verein „Diên Hồng – Gemeinsam

¹ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/08/120826-Rostock.html>

- unter einem Dach“ gegründet haben. Sie machen unserer Heimatstadt, sie machen Rostock mit Ihrem Bekenntnis ein wunderbares Geschenk. Dafür bin ich dankbar. Als Sie die deutschvietnamesische Begegnungsstätte eröffneten, klang der Name dieser Stätte noch wie eine unerreichbare Illusion. Inzwischen gehört Diên Hồng zu den wichtigsten Stätten des Miteinanders der Region. Wer heute dort Beratung und Bildung sucht, wird fachmännisch betreut, ungeachtet dessen, woher er stammt und welcher Nationalität er angehört. Und andere Institutionen und Bundesländer nehmen sich ein Beispiel an dem, was hier schon gelungen ist und erprobt wurde.
- 50 Was vor 20 Jahren in Lichtenhagen geschah, erzürnt mich – den Rostocker wie den Bundespräsidenten – und schmerzt mich bis heute. Und es prägt sich meinem Realismus neu ein, was ich hier heute erlebe. Trotzdem trifft zu: Wir haben solchen Institutionen geschaffen, haben viel erreicht. Es erzürnt mich, dass gewalttätige Jugendliche aus Rostock, unterstützt von Randalierern und Rechtsextremen aus Ost- und Westdeutschland, ihrem Hass und ihren
- 60 Ressentiments tagelang freien Lauf lassen konnten. Es erzürnt mich noch mehr, dass Anwohner den Mob anfeuerten, die Gewalttäter vor der Polizei schützten und klammheimliche Freude darüber empfanden, dass es „den Ausländern mal so richtig gezeigt wird“ – dabei handelte es sich um Menschen, die selber Opfer unguter Umstände waren. Es hat mich zudem nachhaltig erschreckt, als ich damals in den 1990er Jahren erkennen
- 65 musste, dass die Fremdenfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist. Ich weiß, dass in Lichtenhagen, in Rostock, wie überall in der DDR viele Menschen nach der Wiedervereinigung arbeitslos wurden, dass sie sich als Verlierer sahen, enttäuscht waren über die Zustände im neuen Deutschland, in dem sie – anstatt zu Wohlstand zu gelangen – häufig sozial abrutschten. Ich weiß, dass sich viele tief verunsichert fühlten, orientierungslos in der
- 70 neuen Freiheit, überfordert mit den unzähligen und einschneidenden Veränderungen, ungeübt in der Übernahme von Verantwortung. Ich weiß, dass bei manchen Menschen die Furcht vor der Freiheit umschlug in Wut und Aggression. Die Entstehung solcher Gefühle kann man erklären. Aber unsere Erfahrung lehrt: Wenn Hass entsteht, wird nichts besser, aber alles schlimmer. Hass darf als Mittel der Konfliktlösung niemals geduldet sein!
- 75 Wir spüren noch heute, wie wir es immer spüren werden: Eine völlig von allem Dunklen und Bösen „gereinigte“ Gesellschaft wird es nie geben – nach all unseren Erfahrungen widerspricht sie der Natur des Menschen. Mit Aggression, Hass, Wut, Groll, Zorn reagieren Menschen auf tatsächliche oder angenommene Kränkung, auf Verletzung, Unterdrückung und Unrecht. Dunkles und Böses lassen sich allerdings durch Vernunft, Empathie und Solidarität
- 80 eindämmen, notfalls auch durch das Gesetz. Denn Hass, der nicht zurückgedrängt wird, wirkt seinerseits verletzend, unterdrückend, ja zerstörerisch. Eine völlig gereinigte Gesellschaft werden wir also nicht erreichen können, eine solidarische Gesellschaft aber sehr wohl. Hass macht auch blind. Er sucht oft nicht nach den wirklich Verantwortlichen, sondern richtet sich gegen Menschen, die als Sündenböcke herhalten
- 85 müssen – wie damals in Lichtenhagen: Menschen, die sich abgehängt fühlten, reagierten sich gewaltsam an Wehrlosen ab, die für sie schlicht und einfach noch unter ihnen standen. Hass und Gewalt untergraben und zerstören das wichtigste Fundament eines Gemeinwesens: das Miteinander der unterschiedlichen Vielen und den Respekt vor der Menschenwürde eines jeden Einzelnen.
- 90 Das hat nicht wenige Menschen in Rostock schon damals entsetzt und geschmerzt. „Wir Lichtenhäger – schrieben sie in einem Friedensgebet nach den Ausschreitungen – klatschen nicht Beifall, wir sind verzweifelt.“ Sie waren verzweifelt, weil sie in dieser zugespitzten Situation als einfache Bürger keine Möglichkeit mehr zu einem Eingreifen mehr sahen. Sie standen der entfesselten Gewalt hilflos gegenüber und konnten nur noch ihren Abscheu, ihren
- 95 Protest, ihr Dagegen dokumentieren: „Kein Totschlag! Keine Verletzung, keine Zerstörung! Lass die Gewalt enden. Herr, hilf uns!“ Worte von damals. Auch an diese besonnenen



Titel:

Arbeitsblatt aus der Reihe „Fakten – Thesen – Argumente“

Provokante politische Äußerungen – Meinungsfreiheit oder Hetze?

Bestellnummer:

50056

Kurzvorstellung:

- Diese Unterrichtshilfe für den direkten Einsatz in der Sekundarstufe behandelt das Thema politische Meinungsfreiheit am Beispiel des öffentlichen Umgangs mit provokanten Äußerungen zum Staat Israel und zum jüdischen Volk. Kaum eine andere Frage beschäftigt so sehr die Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland wie der „richtige“ Umgang mit beiden.
- Immer wieder geraten Persönlichkeiten des öffentlichen Interesses in den Fokus der Medien. Dieses Arbeitsblatt liefert als Beispiele die Äußerungen von Günter Grass, Martin Walser, Jürgen Möllemann und Thilo Sarrazin.
- Die Unterrichtshilfe liefert Material für Erörterungen oder Streitgespräche im Unterricht und informiert über aktuelle und unterrichtsrelevante Themen. *Fakten* liefern sachgerechte und fundierte Informationen zum aktuellen Streitthema, *Thesen* formulieren in den Medien vertretene, unterschiedliche Standpunkte. Und die dargestellten Pro- und Contra-*Argumente* erleichtern die eigene Positionsfindung.

Inhaltsübersicht:

- *Fakten:* Hintergründe zur aktuellen Diskussion um die literarischen Äußerungen von Günter Grass sowie die nationalen und internationalen Reaktionen
- *Thesen:* Die unterschiedlichen Positionen in den Medien
- *Argumente:* PRO und CONTRA
- Didaktische Überlegungen zum Einsatz im Unterricht und konkrete Aufgabenstellungen

M1 Günter Grass‘ jüngstes Gedicht

Nachdem der Nobelpreisträger Günter Grass (1999 ausgezeichnet in der Kategorie Literatur) am 4. April 2012 in der *Süddeutschen Zeitung*, in *La Repubblica* (Italien) und in *El Pais* (Spanien) sein Gedicht „*Was gesagt werden muss*“ veröffentlichte, ließen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. In kürzester Zeit wurden Werk und Urheber zum Mittelpunkt einer weitreichenden Kontroverse. Diese machte auch vor den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel keinen Halt.

Ausschlaggebend waren vor allem jene Zeilen, in denen Grass seinen Unmut über die Vorbereitungen zu einem möglichen nuklearen Krieg gegen den Iran und die deutschen Waffenlieferungen an Israel kund tat. Gleichzeitig verwies er auf die Schwierigkeit, in Deutschland offene Kritik an Israel zu äußern, weil dann sehr schnell der Vorwurf des Antisemitismus im Raum stünde.

Im Wortlaut lauten diese:

Über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus meldeten sich verschiedenen Personen und Personengruppen zu Wort, um über Grass und sein Schaffen ihr Urteil abzugeben. Es fanden sich darunter unter anderem Schriftsteller und Literaturkritiker, Historiker, Polit- sowie Sozialwissenschaftler, aber auch Politiker und Diplomaten aus Deutschland und Israel. Während die rein fachliche Auseinandersetzung mit dem Gedicht als solches nur hintergründig stattfand, erzeugte sein Inhalt also ein Medienecho enormen Ausmaßes.

Das Gedicht finden Sie auf der Homepage der Süddeutschen Zeitung:

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809>

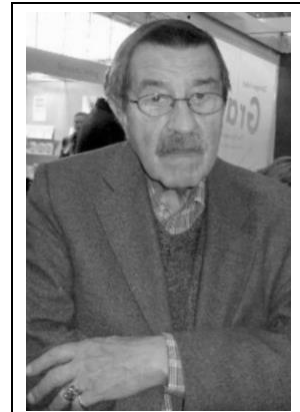
M2 Eine kurze Geschichte der „Andersdenkenden“

Es ist nicht das erste Mal, dass Günter Grass mit seinen Äußerungen für Aufsehen sorgte. Aber auch andere Personen des öffentlichen Interesses haben in den letzten Jahren immer wieder breit angelegte Diskussionen zum Thema Meinungsfreiheit und zum Umgang mit der deutschen Vergangenheit hervorgerufen.

Günter Grass

Die wichtige Rolle des Literaten in der deutschen Nachkriegsgeschichte wird nicht an sich in Frage gestellt. Gleichwohl hat der aus Danzig stammende und mit 17 Jahren der Waffen-SS beigetretene Grass immer wieder das Recht der Deutschen auf eine gerechte Aufarbeitung ihrer Geschichte in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht.

Neben seiner jahrelangen Unterstützung der SPD bei diversen Wahlkämpfen äußerte Grass öffentliche Kritik an der Wahl von *Kurt Georg Kiesinger* zum Bundeskanzler (1966), am Besuch des Bitburger Soldatenfriedhofs durch *Helmut Kohl* und US-Präsident *Ronald Reagan* (1985), sowie an den Reaktionen der islamischen Welt zu den dänischen Mohammed-Karikaturen (2006). Dabei prangerte er immer wieder sowohl den seiner Meinung nach falschen Umgang mit der Geschichte als auch die nicht mehr vorhandene Meinungsfreiheit an. 2010 forderte er von der türkischen Regierung eine Entschuldigung und die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in den Jahren 1915 und 1916.



commons.wikimedia.org
– Hans Weingartz

Thilo Sarrazin


Der gelernte Volkswirt und ehemalige Senator von Berlin (SPD) sorgte vor allem mit dem Erscheinen seines Buches *„Deutschland schafft sich ab“* (erschienen im August 2010) für Aufsehen. In seinem Werk nimmt er kritisch Stellung zur Entwicklung der Gesellschaft in der Bundesrepublik. Besonders kontrovers wurde dabei die Frage diskutiert, wie man mit Sarrazins Aussage umgehen solle, wonach alle Volksgruppen, darunter auch die Juden, bestimmte Gene besäßen, die sie von anderen Gruppen unterschieden. Auch wenn sich der Autor später von dieser Äußerung distanzierte, blieb er im Gespräch, weil er auch das Thema der Migranten und der Menschen mit Migrationshintergrund ausführlich erörterte.



commons.wikimedia.org – Nina Gerlach

Im Kern wies er darauf hin, dass es in Deutschland einen zunehmenden Geburtenrückgang gäbe, während gleichzeitig ein Zuwachs der sogenannten Unterschicht wie auch der Zuwanderung von Menschen überwiegend muslimischer Herkunft zu verzeichnen sei. Aus diesen Beobachtungen schloss Sarrazin auf ein immer größeres Schwinden deutscher Identität. Neben einem enormen Echo in den Medien ergriffen auch Spitzenpolitiker wie Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) das Wort, die dem Autor gar einen Austritt aus der SPD nahelegten. Ein separates Ausschlussverfahren wurde zwar von der SPD-Führung angestrengt. Nachdem sich Sarrazin intern mit dieser geeinigt hatte, wurde das Verfahren im April 2011 wieder eingestellt.



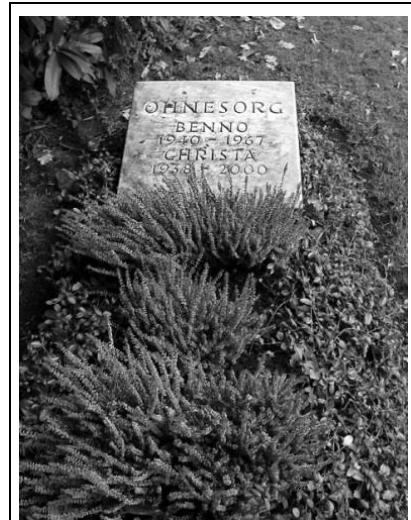
Titel:	Arbeitsblatt aus der Reihe „School-Scout – aktuell“ Der Tod Benno Ohnesorgs (2. Juni 1967) – Ereignisse, Hintergründe, Folgen –
Bestellnummer:	50084
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none"> • Dieses Arbeitsblatt für den direkten Einsatz im Unterricht beschäftigt sich mit dem tragischen Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und seine Folgen für die deutsche Gesellschaft, v.a. im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung und dem Stellenwert der Ordnungsmacht in der deutschen Demokratie. • Der Tod Benno Ohnesorgs hatte umfangreiche Auswirkungen sowohl für die Protestkultur in Deutschland, als auch für die „außerparlamentarische Opposition“. • Das Material ist v. a. für den Unterricht der Mittel- und Oberstufe interessant und lässt sich in nahezu allen Fächern mit Blick auf die aktuelle Problematik einsetzen. Zwischenfragen und Aufgaben regen zum Nachdenken an und lockern das Arbeitsblatt auf.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none"> • Der Fall Benno Ohnesorg – die Ereignisse vom 2. Juni 1967 • Die politische und gesellschaftliche Situation Deutschlands • Die damalige Situation im Iran • Der Fall Benno Ohnesorg – ein Unfall oder Mord? • Aufgaben für die Schüler
	<p>Internet: http://www.School-Scout.de E-Mail: info@School-Scout.de</p>

M1: Der Fall Benno Ohnesorg – die Ereignisse vom 2. Juni 1967

Am 2. Juni 1967 nimmt die Geschichte der Bundesrepublik eine entscheidende Wendung: Der Student *Benno Ohnesorg* wird während einer Demonstration von einem Polizisten erschossen. Der Schah von Persien, *Mohammad Reza Schah Pahlavi*, ist an diesem Tag zu Gast in Berlin. Der gesamte Staatsbesuch wird von Studentenprotesten begleitet, die sich gegen das autoritäre Regime im Iran und die Unterdrückung und Folter oppositioneller Kräfte richten. Bereits tagsüber vor dem Schöneberger Rathaus kommt es zur ersten Eskalation: Vermutlich vom Schah engagierte Regime-Anhänger (daher stammt der Begriff „Jubelperser“ für gekaufte „Fans“) bilden eine Gegendemonstration und verprügeln die Studenten mit Holzlaten – die Polizei sieht tatenlos zu. Am frühen Abend verschärft sich die Lage, als der Schah die Deutsche Oper besuchen möchte.

Die Demonstranten – wütend über die mittäglichen Vorfälle und das Nicht-Eingreifen der Polizei – beginnen, Steine zu werfen. Allerdings tun sie dies aus einer Entfernung, die kein Risiko für die Staatsgäste darstellt. Als ein Polizeibeamter jedoch von einem Wurfgeschoss getroffen wird, eskaliert die Situation: Die Polizei geht mit der damals sehr beliebten „Leberwursttaktik“ gegen die Demonstranten vor. Ziel dabei ist, unter massiver körperlicher Gewalt eine Bresche in die Mitte der Menschenmenge zu schlagen, um bewusst eine Panik hervorzurufen und die Menge an den Rändern auseinanderzutreiben. Die Polizei folgt den flüchtenden Menschen und geht dabei mit großer Gewalt vor. Schließlich fällt gegen 20:30 Uhr in einem Innenhof ein Schuss – der Beamte *Karl-Heinz Kurras* hat soeben dem Studenten Benno Ohnesorg aus kurzer Distanz in den Kopf geschossen. Der Student, der zuvor nie strafrechtlich aufgefallen war, wurde nur 27 Jahre alt.

Ohnesorgs Tod ist trauriger Höhepunkt der Studentenproteste der 68er-Bewegung und zugleich als Auslöser für die Radikalisierung einzelner Gruppen in die Geschichte gegangen. Er steht symbolisch für die großen gesellschaftlichen Spannungen im Deutschland der Sechziger- und Siebzigerjahre. Zugleich legen neueste Recherchen des Magazins *DER SPIEGEL* (Stand Januar 2012) nahe, dass es sich im Fall Ohnesorg um eine gezielte Tötung handelte. – Ein Vorwurf, den Mitglieder der Oppositionsbewegungen schon immer gehegt hatten.



Die Grabstelle Benno Ohnesorgs
Bildquelle: commons.wikipedia.org

M2: Die politische und gesellschaftliche Situation Deutschlands

In den 60er Jahren erfuhr die deutsche Gesellschaft einen Umbruch, der vor allem von Studenten der sog. *68er-Bewegung* ausging: Angeregt durch neomarxistische Theorien und die Denker der *Frankfurter Schule* (etwa *Theodor Adorno*, *Ernst Bloch*) begann eine schnell größer werdende Gruppe junger Menschen, die Verhältnisse in Deutschland zu kritisieren. Zunächst ging es hierbei um eine Revolte gegen die Elterngeneration: Das Dritte Reich sollte nicht mehr totgeschwiegen werden, die Bevölkerung sollte sich ihrer historischen Verantwortung stellen.

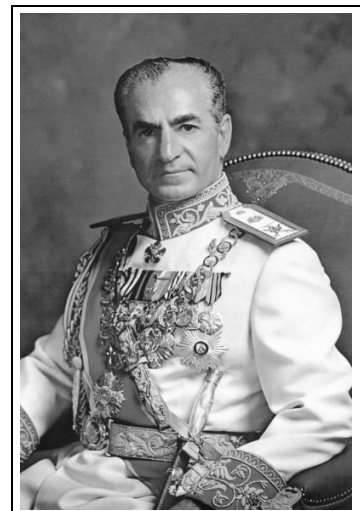
Es ging dabei aber nicht nur um Schuldbewusstsein, sondern um sehr viel handfestere Dinge. In den Schulen unterrichteten zum Teil noch ehemals führertreue Geschichtslehrer, die den Schülern beibrachten, dass an Hitler ja nicht alles schlecht gewesen sei. Der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), *Reinhard Gehlen*, war ein ehemaliger General der Wehrmacht und auch sonst setzten sich weite Teile der deutschen Eliten aus ehemaligen Nazi-Funktionären zusammen. Gegen diese konservativ-reaktionäre, die in den Augen der Studenten faschistische Gesellschaft setzten die 68er ein antikapitalistisches, antiautoritäres und emanzipatorisches Selbstverständnis.

Die Hochphase der Studentenbewegung ist auch eine Reaktion auf die Große Koalition aus CDU und SPD und die von dieser Regierung geplante *Notstandsgesetzgebung*. Sie sah eine massive Ausweitung der Exekutivmacht in Notfällen vor und rief böse Erinnerungen an die *Weimarer Republik* hervor. Diese erste deutsche Demokratie war letztlich an solchen Notverordnungen zerbrochen. Aus der Opposition gegen die Große Koalition, der nur die kleine FDP mit ihren 49 Sitzen als einzige parlamentarische Oppositionspartei gegenüberstand, entwickelt sich die *Außerparlamentarische Opposition* (APO). Sie kritisierte auch internationale Phänomene, etwa den als ungerecht empfundenen *Vietnamkrieg*. Auch die die deutschen Beziehungen zum Regime im Iran standen in der Kritik. Sie wurden vor allem aus Interesse an billigem Öl aufrecht erhalten. Gerade ältere Bevölkerungsteile zeigte sich empört über die sog. „Gammer“ und „Querulanten“ der 68er-Bewegung. Zugleich heizten die Medien die Stimmung bewusst auf, indem sie die 68er kriminalisierte und stigmatisierte.

M3: Die damalige Situation im Iran

Die Demonstrationen anlässlich des Besuchs des Schah richteten sich gegen die Anwendung der Folter in Persien und gegen eine unkritische Haltung der westlichen Länder gegenüber dem Regime. Der Schah *Mohammed Reza Schah Pahlavi* regierte das Land in der Zeit von 1941 bis 1978. Seine Amtszeit zeichnet sich durch eine Öffnung zum Westen aus, intensive Handelsbeziehungen sind in dieser Zeit entstanden. Zu Anfang genoss der Schah große Popularität, die er durch das Zurückdrängen der Sowjets und durch die Zerschlagung der kurdischen Republik gewonnen hatte.

Doch die soziale Ungleichheit wurde unter seiner Führung immer größer, die Hilfgelder dienten meist nur der Bereicherung der Elite. Jeder Widerstand wurde mit Hilfe der brutalen Geheimpolizei gewalttätig niedergeschlagen und jedem Kritiker der Mund verboten. Der Schah rief diese Polizei 1957 ins Leben, um seine Position als Alleinherrscher zu sichern. Diese war ihm 1951 durch den demokratisch gewählten Premierminister *Mohammed Mossadegh* streitig gemacht worden, sodass er sogar das Land vorübergehend verlassen musste. Der Schah konnte die Herrschaft nur mit Hilfe des amerikanischen und britischen Geheimdienstes zurückgewinnen. 1979 schließlich hatte die sog. „Islamische Revolution“ Erfolg: Der Iran wurde und ist bis heute eine islamische Republik. Der Schah musste ins Exil nach Paris. Die Radikalisierung des Iran und die damit verbundenen Probleme der Gegenwart hängen also auch damit zusammen, dass der Westen den Schah zu lange gestützt hatte, anstatt demokratische Bewegungen im Land zu fördern.



Schah Mohammad Reza Pahlavi
Bildquelle: commons.wikipedia.org



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Paket Politischer Extremismus: Varianten des Radikalismus in
Deutschland*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

